



**Dr. Dr. Frank Wohl**  
Präsident der Bayerischen  
Landeszahnärztekammer

# Praxissterben auf dem Land: ein Weckruf für die Politik!

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in den letzten Monaten häufen sich bei mir Hilferufe von verzweifelten Kommunalpolitikern – meist aus ländlichen Gemeinden. Der Anlass ist fast immer der selbe: Die letzte Zahnarztpraxis im Ort macht dicht.

Im ländlichen Raum verabschieden sich Zahnärzte in den Ruhestand – aber niemand kommt nach. Was früher ein geachteter und wertvoller Gesundheitsbetrieb war, aufgebaut mit Herzblut und Engagement, eine Säule der Altersvorsorge für die fleißigen Praxisinhaber, steht plötzlich leer. Der Behandlungsstuhl wird zum „Mahnmal der Versorgungslücke“. Die Mitarbeiter verlieren ihre wohnortnahmen Jobs, die Patienten ihren Zahnarzt am Ort – und das Vertrauen, dass „aufs Land ziehen“ nicht zugleich bedeutet, auf medizinische Betreuung zu verzichten.

Die Bundestagsabgeordnete Emmi Zeulner (CSU) hat das Thema aufgegriffen, weil sie von einem Bürgermeister aus ihrer Region um Hilfe gebeten wurde. Im Sommer hat sie sich mit der Vizepräsidentin der Bayerischen Landeszahnärztekammer, Dr. Barbara Mattner, und mir ausgetauscht. Wir haben erklärt, was wir tun: gemeinsame Abgeber- und Niederlassungsseminare, Beratung durch das Zentrum für Existenzgründer und Praxisberatung der BLZK oder unsere Praxisbörsen. Doch beim Blick in diese Praxisbörsen kam der Schreckmoment: Ihr eigener Zahnarzt hört auf und sucht händerringend einen Nachfolger.

Jetzt lud Emmi Zeulner Zahnärzte und Kommunalpolitiker zu einem „runden Tisch“ ein, um über das drohende Praxissterben zu sprechen (siehe S. 28). Ein Kollege, der daran teilnahm, sagte, er bekomme täglich sechs bis acht Anrufe von Patienten, die er nicht mehr aufnehmen könne. Das ist kein Warnschuss mehr.

Die zahnmedizinische Versorgung ist lebensbedrohlich getroffen.

Und in Berlin gibt es Politiker, deren erste Frage bei der Schilderung solcher Zustände lautet: „Wie kann man Zahnärzte zwingen, sich auf dem Land niederzulassen?“ Das funktioniert nicht. Der Staat kann einem jungen Menschen nicht vorschreiben, wo er sich niederlässt! Er kann niemanden zwingen, sich überhaupt niederzulassen.

Aber der Gesetzgeber kann etwas tun: die Fesseln der Bürokratie sprengen, für eine faire Anpassung des GOZ-Punktwertes sorgen, die Budgetierung abschaffen und die richtigen Anreize setzen – etwa eine Aktivrente für Selbstständige, die es älteren Kollegen genauso wie Angestellten erleichtert, länger zu arbeiten, ohne dafür bestraft zu werden.

Wir Zahnärzte sind keine Kostentreiber. Wir sind Kostendämpfer! Seit 1976 ist der Anteil der Zahnmedizin an den GKV-Ausgaben um fast zwei Drittel gesunken. Unsere Prophylaxe wirkt – sie spart Geld und erhält Gesundheit. Die Politik sollte sich fragen, wie sie die zahnärztliche Vorsorge als Modell erfolgreicher Prävention auf das gesamte Gesundheitswesen übertragen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Probleme sind groß – aber sie sind lösbar. Wir müssen gemeinsam laut bleiben, klug argumentieren und geschlossen auftreten. Damit der ländliche Raum in unserem Bayernland auch weiterhin lebenswert bleibt!

Ihr